

Auswirkungen von Putins Großmacht-Streben

31.3.22

Vortrag von Brigadegeneral a. D. Johann Berger bei der Gesellschaft für Sicherheitspolitik

Bad Reichenhall. Zwei Jahre lang musste die heimische Sektion der Gesellschaft für Sicherheitspolitik pandemiebedingt auf Zusammenkünfte verzichten. Jetzt konnten sich die Mitglieder wieder zu einer Veranstaltung treffen, die dem für viele unerwartet brisant gewordenen Thema „Putins Großmachtstreben – sein historisches Trauma“ gewidmet war. Als Referenten hatte Sektionsleiter Dr. Wolfram Noreisch Brigadegeneral a. D. Johann Berger gewonnen, der nach seiner aktiven Zeit bei der Bundeswehr als stellvertretender Direktor des internationalen George-Marshall-Centers viel mit internationaler Sicherheitspolitik befasst war.

Sichtlich erfreut war der Sektionsleiter über das große Interesse, auf das dieser Abend gestoßen war. Er hieß im Standort-Offizierheim neben vielen Sektionsmitgliedern auch Repräsentanten des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik BGL mit Kreisvorsit-

zudem Manfred Weissenberger, des CSU-Ortsverbandes mit Vorsitzendem Marco Trebuth, der Senioren-Union mit Kreisvorsitzendem Heinz Dippel und Angehörige der Bundeswehr willkommen.

Noreisch erinnerte daran, dass die bundesweit aktive Gesellschaft für Sicherheitspolitik heuer ihr 70-jähriges Bestehen feiern kann. Sie sei die älteste sicherheitspolitische Bildungsinstitution der Bundesrepublik und als unabhängige Vereinigung bemüht, die tiefgreifenden Veränderungen des internationalen Sicherheits-Umfeldes und neue Risiken und Bedrohungen deutlich zu machen. Noreisch räumte ein, dass kaum jemand daran gedacht habe, dass mitten in Europa wieder ein Krieg ausbrechen könnte.

„Das Thema berührt uns alle“, unterstrich Referent Johann Berger. Er erinnerte daran, dass die Ukraine auf ihrem Territorium vorhandene Atomwaffen 1994 abgegeben habe gegen die Garantie

der Unverletzlichkeit des ukrainischen Staates. Trotzdem habe Putin 2014 seine Truppen auf die Krim geschickt, um sie zu annektieren. Seither habe nach Aussage von OSZE-Beobachtern auf der Krim kein Friede mehr geherrscht.

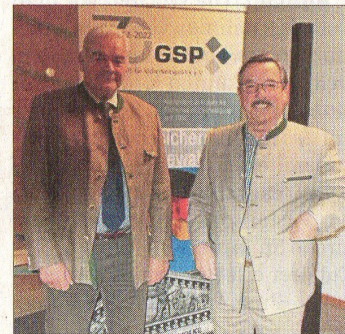
„Überschall-Raketen bedrohen auch uns“

Obwohl Putin einen möglichen Einmarsch russischer Soldaten in die Ukraine noch kurz vorher als vom Westen verbreitete Desinformation bezeichnet habe, habe er den Überfall auf das Nachbarland am 24. Februar gestartet. „Er bedroht die ganze Welt und hält bizarre Ansprachen, die fassungslos machen, wir bekommen aus der Ukraine täglich neue Bilder des Grauens zu sehen,“ verdeutlichte Berger. Bundeskanzler Olaf Scholz habe von einer Zeitenwende gesprochen und in der Tat habe

die neue Lage gravierende sicherheitspolitische, gesellschaftspolitische und finanzielle Auswirkungen. Die Ukraine als größtes Flächenland Europas sei schließlich weniger als tausend Kilometer von Deutschland entfernt. Putins Überschall-Raketen mit ihrer 2000 km Reichweite bedrohten „schon jetzt auch uns“, so der Referent. Er berichtete, dass Putin Kind traumatisierter Eltern sei: Fünf seiner sechs Brüder seien im Zweiten Weltkrieg gefallen.

Das und auch den Zusammenbruch der Sowjetunion seien für ihn schlimme Ereignisse gewesen, aus denen er seine eigenen Schlüsse gezogen habe. Jetzt wolle Putin die Sicherheitsordnung Europas fundamental verändern. Ihm gehe es nicht nur um die Ukraine sondern darum, Russland wieder zu alter Weltmacht-Stärke zurückzuführen. „Seine Fernseh-Auftritte zeigen, dass im Krieg die Wahrheit als erstes stirbt und Desinformation Platz greift“, unter-

strich Berger. Putins Krieg führe dazu, dass die Welt erneut in zwei Blöcke zerfällt: Die westlich-demokratischen Länder auf der einen sowie Russland und China auf der anderen Seite. Die Folgen davon seien noch gar nicht voll absehbar. So könne es eine Abkehr von der internationalen Zu-



Johann Berger (links) und GSP-Sektionsleiter Dr. Wolfram Noreisch sprachen die „Sicherheitspolitische Zeitenwende“ an. – Foto: Moosleitner

sammenarbeit in globalen Arbeitsketten bei wichtigen Bereichen kommen. Nicht zu unterschätzen seien auch die Auswirkungen auf den künftigen Wohlstand in Deutschland angesichts der gegenwärtigen Energie- und Rohstoff-Abhängigkeit von Russland und der Tatsache, dass Putin mit der Verstaatlichung von rund 3650 mittelständischen deutschen Betrieben in Russland droht.

Steigende Preise hierzulande und Störungen der Lieferketten würden Probleme bereiten. Dazu komme dann noch die Belastung der Sozialsysteme durch Geflüchtete, die geschultert werden müssen. Der Referent schloss mit einem Zitat von Albert Einstein: „Die reinste Form des Wahnsinns ist es, alles beim Alten zu lassen und trotzdem zu hoffen, dass sich etwas ändert.“